

## **Bericht der Jahrestagung des Ständigen Ausschuss Hauswirtschaft und Verbraucherthemen 13.-14. März 2015 „Legal-egal? Privathaushalte als Arbeitgeber haushaltsbezogener Dienstleistungen**

Legal ist es nicht, aber weit verbreitet: Haushaltshilfen werden in Deutschland schätzungsweise zu 90 Prozent schwarz und ohne soziale Absicherung beschäftigt - das sind etwa vier Millionen Menschen. Längst sind die Hilfen unverzichtbar geworden, denn immer mehr Haushalte sind auf fremde Hilfe beim Waschen, Bügeln und Putzen angewiesen, damit mehr Zeit für Familie und Beruf bleibt und ältere Menschen möglichst lange in ihren eigenen vier Wänden wohnen können.

Wie diese haushaltsbezogenen Dienstleistungen aus der „Schattenwirtschaft“ geholt werden und die damit verbundenen Probleme wie mangelnde Absicherung für die Beschäftigten im Alter gelöst werden können, war das Thema beim „Ständigen Ausschuss Hauswirtschaft und Verbraucherthemen“.

Delegierte, Gäste und Referent/-innen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft gingen der Frage nach, wie Haushaltshilfen künftig fair bezahlt und sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden und wie sie auch von einem durchschnittlichen Privathaushalt finanziert werden können.

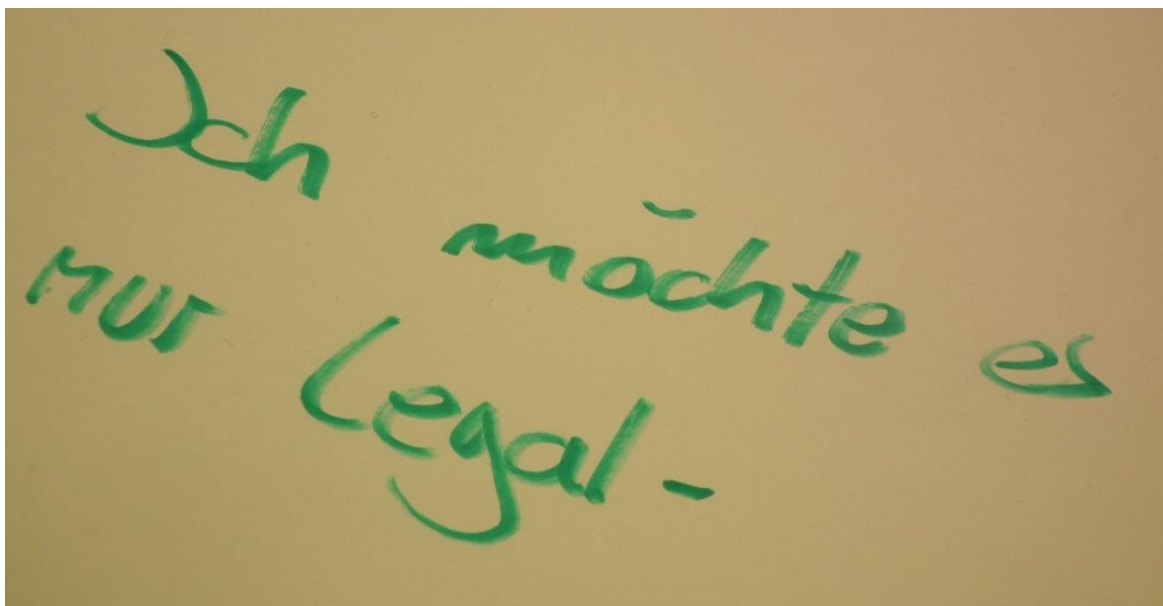


Foto: (S. Schleiden-Hecking)

Anna-Maria Mette, Bundesvorstand der kfd, stellte diese Fragen im Zusammenhang mit der gleichstellungspolitischen Arbeit der kfd. Sie betonte den Stellenwert des Themas für die Arbeit des Verbandes. Frauen stecken im Beruf zurück, weil sie mehr Zeit für Familie und Haushalt investieren - mit fatalen Folgen für ihre eigene soziale Absicherung. Oft arbeiteten sie ohne renten- und krankensichert zu sein. Zudem haben hauswirtschaftliche Dienstleistungen eine hohe Bedeutung, wenn es darum geht, dem Wunsch der

Menschen, zuhause alt zu werden, Rechnung zu tragen: „Hier ist frauenpolitischer Handlungsbedarf“, sagte Mette.

Zu Beginn der Tagung vermittelte eine Stellübung ein erstes Meinungsbild der 30 Teilnehmerinnen zum Thema. Folgende Thesen wurden mit den Positionen Legal „das ist mir besonders wichtig, dafür sollte gekämpft werden“, bzw. „das ist mir eher egal“ beurteilt.

- Männer und Frauen sollen gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben haben.
- Ein gepflegter Haushalt ist die Grundlage für gutes Leben.
- Wer den Haushalt macht ist egal; Hauptsache sauber.
- Hilfen im Haushalt sind ein wichtiger Baustein zu mehr Gleichberechtigung.
- Die Vergabe von haushaltsbezogenen Dienstleistungen soll unkompliziert sein.
- Haushalten muss gelernt sein.
- Männer, wie Frauen sollen gleichermaßen Verantwortung für den Haushalt übernehmen.
- Fairer Lohn gilt für gute Leistung auch im Haushalt.
- Schwarzarbeit ist kein Kavaliersdelikt.
- Legale Beschäftigung von Haushaltshilfen muss erklärtes Ziel sein.

Diskussionsgrundlage für die Tagung war die qualitative Studie „Privathaushalte als Arbeitgeber“, die die kfd in Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum „Professionalisierung und Qualitätssicherung haushaltsnaher Dienstleistung“ (PQHD) der Justus-Liebig-Universität Gießen erarbeitet hatte und die hier erstmals vorgestellt wurde. Mareike Bröcheler, Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Professorin Uta Meier-Gräwe, zeigte auf, dass es, beispielsweise in der jüngeren Frauengeneration, durchaus eine große Offenheit dafür gibt Hilfe im Haushalt in Anspruch zu nehmen. Allerdings fehlt es an Informationen über legale und faire Beschäftigungsmöglichkeiten. Eine große Hürde sind auch die Stundensätze der Dienstleistungsagenturen: Sie wären für die meisten Befragten nicht zu bezahlen. So zog die Autorin der Studie zwei wesentliche Schlussfolgerungen: Es muss mehr informiert und aufgeklärt werden über die Rechte und Pflichten privater Arbeitgeberinnen und es müssen Wege gefunden werden, wie sich auch Haushalte mit durchschnittlichem Einkommen Hilfen im Haushalt leisten können.



Foto: (S. Schleiden-Hecking)

**s. Anlage 1**

## Thesen zum Thema:

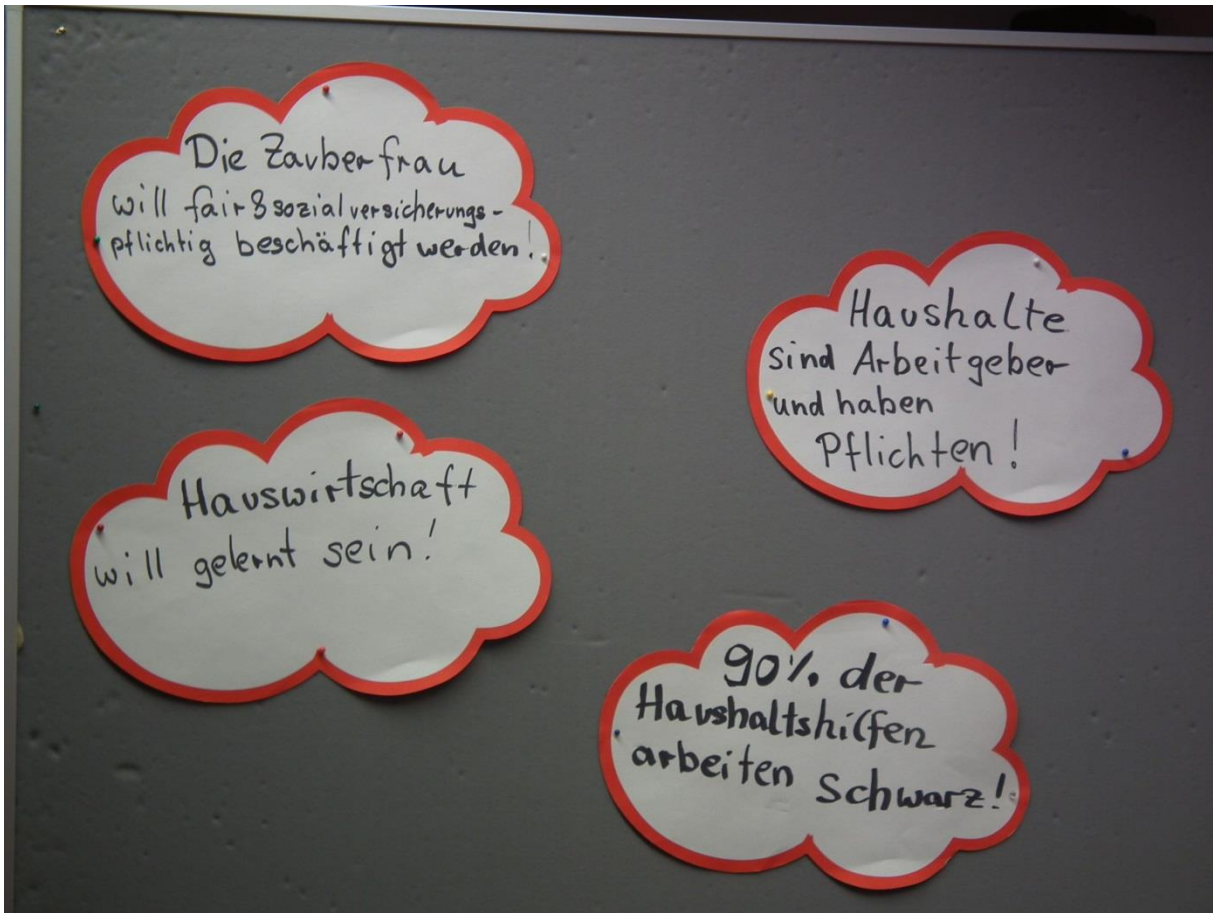


Foto: (S. Schleiden-Hecking)

Anschließend diskutierten die Teilnehmer/-innen ihre Sicht des Themas in fünf World Cafés zu den Fragen:

Welche Möglichkeiten sehen Sie derzeit eine Haushaltshilfe zu beschäftigen?  
(Wie ist die Situation?)

Wie ist eine professionelle und qualitativ hochwertige Haushaltshilfe fair und sozialversicherungspflichtig zu entlohnen? (Was wäre zu verbessern?)

Welche Maßnahmen sind dazu in Politik, Wissenschaft, Verbänden und Gesellschaft notwendig? (Welche Schritte sind nötig um dahin zu kommen?)





Foto: (S. Schleiden-Hecking)

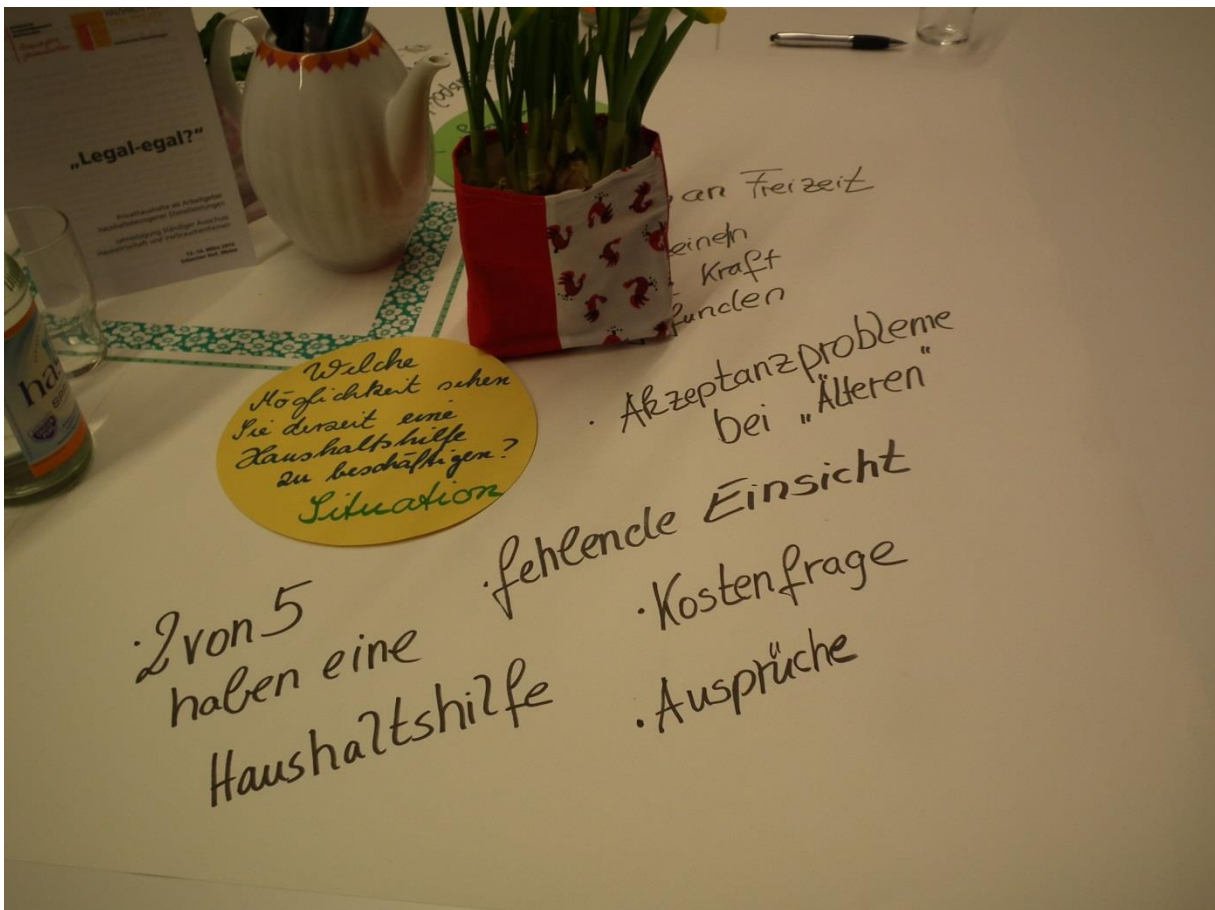


Foto: (S. Schleiden-Hecking)

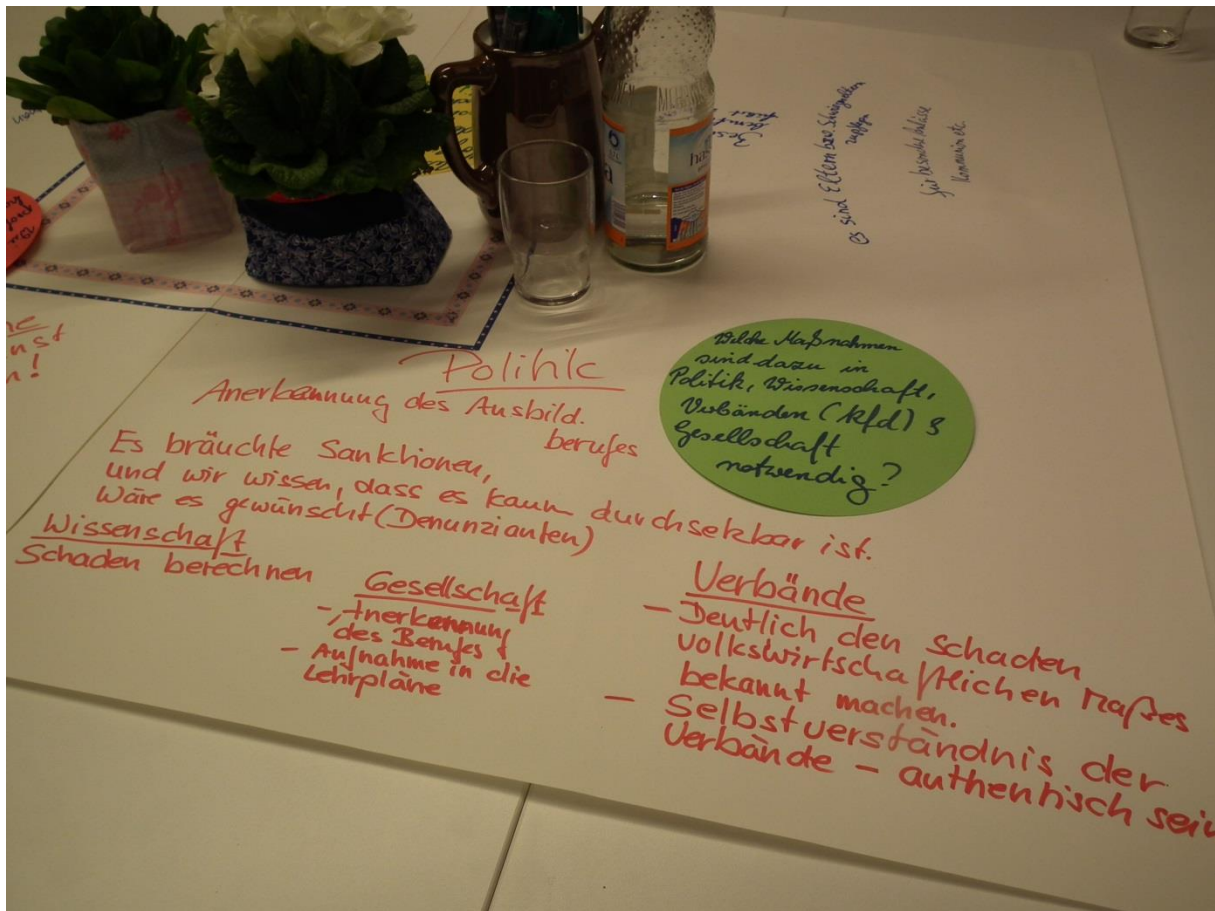


Foto: (S. Schleiden-Hecking)



Foto: (S. Schleiden-Hecking)

Thomas Fischer, Referent im Bundesministerium Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Prof'in Dr. Uta Meier-Gräwe, Justus-Liebig-Universität Gießen und Dr. Heide Mertens, kfd kommentierten die Ergebnisse der Studie.

Thomas Fischer verwies auf notwendige Gegenstrategien zu Anbietern auf dem Markt, wie Helpings oder homejoy, die internetgestützt mit ein paar Mausklicks zwar legale, aber viel zu billige Haushaltshilfen vermitteln wollen. Diese Anbieter tragen zur Selbstausbeutung der Haushaltshilfen bei und drücken die Löhne. Demnächst sollen deshalb DIN-Standards für die Vermittlung solcher Dienstleistungen eingeführt werden. Zukünftig könnten sich seriöse Agenturen zertifizieren lassen, die wenigstens den Mindestlohn zahlen, Bezahlung bei Krankheit und Urlaub, sowie Weiterbildungsmöglichkeiten für die Angestellten garantieren. Auch soll seitens der Bundesregierung ein Informationsportal eingerichtet werden.

Professorin Dr. Uta Meier-Gräwe wies auf die dem Thema zugrundeliegende Frage hin: „Wer übernimmt die Sorge- und Haushaltsarbeit, wenn das Hausfrauenmodell ausläuft?“ Eine faire Umverteilung von Hausarbeit zwischen Frauen und Männern habe bisher nicht stattgefunden, stattdessen bleibe dies



eine Angelegenheit der Frauen: „Die notwendig Alltagsarbeit wird an eine ethnisch und sozial anders positionierte Frau weitergereicht.“ Dabei müsse es beiden Geschlechtern ermöglicht werden, sich im Laufe des Lebens gleichermaßen um Familie und Haushalt zu kümmern, wie auch der Gleichstellungsbericht und das Positionspapier der kfd beschreiben. **s. Anlage 2**

Professorin Dr. Uta Meier-Gräwe beschrieb außerdem eine drastische Schieflage, was die Beschäftigung von Haushaltshilfen betrifft. Nur 16 Prozent aller Eltern zwischen 20 und 60 Jahren haben Hilfe im Haushalt, obwohl 35 Prozent sie gerne in Anspruch nehmen würden. Jedoch leisten sich 57 Prozent der Ehepaare ohne Kinder Entlastung bei der Haushaltsarbeit. Sie verwies auf eine Entwicklung, die sie als „retraditionalisierend“ bezeichnete: 77 Prozent der Frauen im Alter zwischen 35 und 39 Jahren werden von ihrem Partner gedrängt einen Minijob anzunehmen oder zumindest darin bestärkt, ein solches Arbeitsverhältnis beizubehalten. Das habe fatale Folgen im Alter: Eine heute 35-jährige Frau, die bis zur Rente 2045 nur einen 450-Euro-Job ausübt, wird lediglich 142 Euro Rente daraus erhalten.

Dabei würden ein Umdenken und öffentliche Investition in legale haushaltsbezogene Dienstleistungen neue Unternehmen entstehen lassen. Meier-Gräwe zitierte eine Studie von Prognos. Nach deren Berechnungen würde dies fast einer halben Million Frauen mit Kindern im schulpflichtigen Alter eine Erwerbstätigkeit ermöglichen und es entstünden Mehreinnahmen von mehr als zweieinhalb Milliarden Euro für die Sozialversicherungen und mehr als einer Milliarde Euro an zusätzlichen Steuern.

Am nächsten Morgen stellte George Wyrwoll, Sodexo, ein Subventionssystem aus Belgien vor. Dort können Menschen sozial abgesichert und fair bezahlt im Haushalt arbeiten und ihre Leistungen sind bezahlbar. Bereits 2004 wurden im Nachbarland Belgien Haushaltsgutscheine eingeführt. Damit können private Haushalte verschiedene Haushaltsarbeiten einkaufen. Der belgische Staat subventioniert zurzeit jeden Gutschein mit rund 13,04 Euro pro Stunde. Der Haushalt selbst muss noch 9,00 Euro zahlen, ein Preis unter dem Stundenlohn auf dem Schwarzmarkt. Zusammen ergibt dies 22,04 Euro. Das ist der Preis, den eine Stunde sozialversicherungspflichtige haushaltsbezogene Dienstleistung tatsächlich kostet. Ein Gutschein kann nur bei zugelassenen Dienstleistungs-



unternehmen eingelöst werden, die ihre Angestellten sozialversichern müssen. Pro Jahr werden vom belgischen Staat 400 bis 500 Gutscheine pro Haushalt subventioniert. Ein Modell, das einige Vorteile habe, wie George Wyrwoll von der Firma Sodexo ausführte. Diese hat das Gutscheinmodell für Belgien entwickelt: Der Staat muss weniger für die Arbeitslosenunterstützung ausgegeben, es werden Arbeitsplätze für Menschen mit geringen Qualifikationen geschaffen, Beruf und Familie sind gut vereinbar, die Arbeitnehmerinnen sind sozial abgesichert und die Schattenwirtschaft wird eingedämmt. Großer Pluspunkt des Modells aus der Sicht von Sodexo: Es sind im Laufe der Jahre mehr als 80.000 neue Vollzeitarbeitsplätze entstanden und die Akzeptanz der Gutscheine in der Bevölkerung ist groß. **s. Anlage 3**

Eindeutige Zustimmung fand dieses Modell auch in der anschließenden Diskussionsrunde, die mit der fishbowl-Methode geführt wurde.

„Wir sollten uns für ein solches Modell auch in Deutschland einsetzen“, meint Anni Rennock, die Sprecherin des Ständigen Ausschuss zu den Ergebnissen der Tagung. Eindeutig positionierten sich alle Teilnehmer/-innen und Referent/-innen dass ein auf deutsche Verhältnisse abgestimmtes Gutscheinmodell ein wichtiger Schritt hin zu mehr Anerkennung von hauswirtschaftlicher Arbeit wäre. Es würde auch in Deutschland für viele Menschen eine neue Chance auf dem Arbeitsmarkt bieten und aus der Minijobfalle befreien.

Weitere Handlungsoptionen für die kfd erstellten die Delegierten in einem 4-Ecken-Gespräch zu den Fragestellungen:

- Was wollen wir?
- Was ist dafür nötig?
- Wie packen wir es an?

Zu den konkreten Umsetzungsbeispielen:

- Subvention der Differenz des Schwarzmarktpreises zu marktüblichen Preisen von qualifizierten Dienstleistungsagenturen
- Informationen über Möglichkeiten legaler Hilfen
- Förderung von Qualitätsstandards für haushaltsbezogene Dienstleistungen bzw. des Berufsbildes Hauswirtschaft
- Image Hauswirtschaft verbessern, Wert anerkennen

Der Ausschuss hat sich mit dieser Tagung eines wichtigen gleichstellungspolitischen Themas angenommen und zum ersten Mal für die kfd einen Dialog mit Politik, Wirtschaft und Wissenschaft geführt. Eine weitere Beschäftigung mit dem zukunftsweisenden Thema ist mit einer Broschüre für Privathaushalte geplant, in der Informationen über legale Beschäftigungsmöglichkeiten beschrieben werden sollen. Außerdem wurde der Bundesvorstand informiert und ein Antrag wird an die Bundesversammlung gestellt mit dem Anliegen sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Bereich haushaltsbezogener Dienstleistungen zu fördern.



Foto: (S. Schleiden-Hecking)

von links: Thomas Fischer, Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe, Anni Rennock, Mareike Bröcheler, George Wyrwoll